



## Regierungsratsbeschluss vom 25. Juni 2019

Familienarmut im Kanton Basel-Stadt; Bestandesaufnahme und empfohlene Massnahmen

---

P061606

1. Der Regierungsrat beauftragt die mit der Federführung bezeichneten Departemente unter Einbezug aller involvierten Stellen mit der Entwicklung folgender Massnahmen:
  - 1.1 Massnahmen zur Flexibilisierung der Kinderbetreuung (ED ff)
  - 1.2 Massnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Pflege- und Betreuungsberufen (PD ff)
  - 1.3 Massnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Niedriglohnbranchen (WSU ff)
  - 1.4 Massnahmen zur Förderung der Nachqualifizierung (Information, Coaching) (ED ff)
  - 1.5 Massnahmen zur Förderung der Nachqualifizierung (Koordination Finanzierung) (WSU ff)
  - 1.6 Massnahmen zur Förderung der Nachqualifizierung (Kinderbetreuung) (WSU ff)
  - 1.7 Massnahmen zur Förderung der Nachqualifizierung (Kommunikation) (PD ff)
  - 1.8 Massnahmen zur Verbesserung der Erwerbsintegration (Coaching für Working Poor Familien) (WSU ff)
  - 1.9 Massnahmen zum Ausbau von Deutschkursen (ED ff)
  - 1.10 Massnahmen zur Förderung der Grundkompetenzen und digitalen Inklusion (ED ff)
  - 1.11 Massnahmen zur adressatengerechten Kommunikation (alle Departemente, Unterstützung Staatskanzlei)
  - 1.12 Massnahmen zur Förderung des Austauschs über die Angebotslandschaft (alle Departemente)

### **Begründung**

Unter Leitung des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt nahm eine interdepartementale Arbeitsgruppe die Bestandesaufnahme zum Thema Familienarmut im Kanton Basel-Stadt vor. Sie erfolgte in Anlehnung an die BASS-Studie von 2016 und unter Einbezug von verwaltungsexternen Fachpersonen. Zur Bekämpfung von Familienarmut werden konkrete Massnahmen in den drei Bereichen „Flexibilisierung der Kinderbetreuung und bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie (Pflegebranche, Niedriglohnbranche)“,

„Förderung der Erwerbsintegration von Working-Poor-Eltern (ausserhalb der Sozialhilfe)“ sowie „Verbesserung der Zugänglichkeit und Kommunikation der Angebote“. Zur Frage nach einem Gesamtmanagement des Themas Familienarmut empfiehlt die Arbeitsgruppe, auf die Einrichtung eines neuen fixen Gremiums zu verzichten und die Koordination zwischen den Verwaltungsstellen direkt zu regeln.

